DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Agnes Streissler

- In der allgemeinen Liberalisierungs- und Privatisierungseuphorie der 1990er-Jahre gerieten in der Pensionspolitik die vorher favorisierten Umlagesysteme immer mehr unter Beschuss. Als Alternative wurde der Ausbau privater kapitalgedeckter Systeme propagiert.
- Begründet wurde die Favorisierung kapitalgedeckter Alterssicherung vor allem mit der Behauptung, auf den Finanzmärkten sei dauerhaft ein höherer Ertrag erzielbar als in der Realwirtschaft und kapitalgedeckte Systeme würden daher mit weniger Finanzbedarf gleich hohe Ergebnisse liefern – eine Behauptung, die inzwischen widerlegt ist.
- Anhand von Szenarienrechnungen wird aufgezeigt, in welch hohem Ausmaß die Finanzierungskosten kapitalgedeckter Systeme vom (effektiven) Zinsertrag abhängen bzw. wie enorm diese Kosten in die Höhe gehen, wenn die Ertragserwartungen nicht erreicht werden.
- Aufgezeigt wird auch, wie irreführend es ist, die Herausforderungen des demografischen Wandels nur mit rein demografisch definierten „Abhängigkeitsquoten“ zu beschreiben.
- Die Untersuchung verschiedener Varianten kapitalgedeckter Systeme in den Vergleichsländern Niederlande, USA, Polen und Deutschland zeigt, dass keines der Modelle einem Umlagemodell systematisch überlegen ist.
- In Summe zeigt die internationale Evidenz, dass Privatisierungen und die Einführung kapitalgedeckter Pensionssysteme keine Kosten sparen – im Gegenteil: Vieles spricht dafür, dass eine gleich hohe Absicherung in einem kapitalgedeckten System langfristig mehr kostet als in einem Umlagesystem.

Josef Wöss

- Der Bedarf an ergänzender kapitalgedeckter Alterssicherung steht in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Ausgestaltung des öffentlichen Systems.
- Ursprünglich war ergänzende Alterssicherung nur in jenen Ländern ein zentrales Thema, in denen das öffentliche System auf Mindestsicherung beschränkt ist.
- Seit den 1990er-Jahren wird der Ausbau ergänzender kapitalgedeckter Systeme auch in den sogenannten „Sozialversicherungsländern“ massiv propagiert.
- Im Zentrum steht die Behauptung, leistungsstarke öffentliche Systeme seien auf Dauer nicht finanzierbar und die reduzierten Leistungen müssten durch den Ausbau von Betriebs- und/oder Privatpensionen ersetzt werden.
- Die offiziellen Vorausschätzungen der Kosten der öffentlichen Alterssicherung in Österreich zeigen, dass die These der Unfinanzierbarkeit trotz massiver demografischer Verschiebung nicht haltbar ist.
- Aufgezeigt wird, dass ein Rückbau der öffentlichen Alterssicherung durch den Ausbau von Betriebs- und/oder Privatpensionen nicht ohne Qualitätsverlust kompensiert werden kann.

- Ein starkes öffentliches Pensionssystem ist damit auch für die heute Jüngeren die beste Form der Alterssicherung. Anders als oft behauptet würde eine verstärkte Verlagerung zu privaten kapitalgedeckten Vorsorgeformen vor allem für sie erhebliche Nachteile bringen.

Christine Mayrhuber

- Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen sind das Fundament, auf dem sowohl gesetzliche Pensionen als auch Betriebs- und Privatpensionen ruhen.
- Die zunehmende Atypisierung der Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse hat negative Auswirkungen auf alle drei Säulen der Alterssicherung.
- Parallel zu den strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gibt es strukturelle Änderungen in den Alterssicherungssystemen – von der Reduktion des Sicherungsniveaus in öffentlichen Systemen bis hin zur Forcierung von Betriebspensionen und staatlich geförderter privater Altersvorsorge.
- Weder Betriebspensionen noch Privatpensionen können vor dem Hintergrund zunehmend diskontinuierlicher Erwerbs- und Einkommensverläufe die Sicherungsfunktion für die Mehrheit der Beschäftigten übernehmen.
- Reformen der Alterssicherung müssen am Fundament der Sicherung – am Arbeitsmarkt – ansetzen.
- Nachhaltige Alterssicherung erfordert eine strukturelle Neuausrichtung, die auf den realen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt aufbaut und als Finanzierungsgrundlage alle Bereiche der Wertschöpfung und der Einkommen berücksichtigt.

Florian Blank

- Das Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter soll seit den Reformen zu Beginn des letzten Jahrzehnts in Deutschland nur mehr im Zusammenspiel von gesetzlicher Rente und (öffentlich geförderter) privater und/oder betrieblicher Vorsorge erreicht werden.
- Die Daten zeigen allerdings, dass sich gesetzliche, betriebliche und private Vorsorge – anders als vom Gesetzgeber erwartet – in vielen Fällen nicht ergänzen. Eine erhebliche Zahl von Personen hat keine zusätzliche Altersversorgung.
- Es zeigt sich, dass die Realität des „Drei-Säulen-Modells“ in hohem Maße von individuellen Vorsorgeentscheidungen und strukturellen Vorsorgemöglichkeiten abhängt.
- Nicht entschieden ist, wie auf die bestehenden Defizite reagiert wird. Politisch am ehesten durchsetzbar scheint eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und damit der zweiten „Säule“.
- In einem 10-Punkte-Katalog werden die vor allem aus der Kapitaldeckung resultierenden Herausforderungen bei der Umsetzung dieser Strategie formuliert.
- Im Spiegel der bei einer Kapitaldeckung zu lösenden Fragen erscheint der vergleichsweise anspruchslose Mechanismus öffentlicher Systeme in einem neuen Licht.

Erik Türk und David Mum (I)

- Pensionssysteme sind im Wesentlichen Transfersysteme, deren grundlegende Aufgabe in der Sicherstellung des notwendigen Einkommenstransfers von den Erwerbstätigen zu den PensionistInnen besteht.
- Der Unterschied zwischen Kapitaldeckungs- und Umlageverfahren liegt in den sehr unterschiedlichen Transfermechanismen, die jeweils zur Anwendung kommen.
- Die Ansammlung von Vermögenswerten in kapitalgedeckten Systemen stellt nur aus einem individuellen Blickwinkel eine Übertragung von Einkommen in die Zukunft dar. Gesamtgesellschaftlich betrachtet stammt der Konsum der PensionistInnen immer aus dem laufenden Sozialprodukt.
- Die Vorstellung, dass die Pensionen umso sicherer seien, je mehr auf den Kapitalmärkten veranlagt ist, ist zwar weitverbreitet, aber ein Irrtum.
- Auch das Argument, dass Kapitaldeckung durch positive Wachstumsimpulse einen wichtigen Beitrag zur Sicherung künftiger Pensionen leistet, kann nicht überzeugen.
- Die Finanzmarktkrise belegt, dass Mehrsäulensysteme mit einem starken kapitalgedeckten Anteil erhebliche zusätzliche Risiken aufweisen.
- Durch eine organisatorische Aufteilung der Alterssicherung auf mehrere Säulen kann nicht mehr Sicherheit erzielt werden als durch eine Pflichtversicherung, die die gesamte Volkswirtschaft bzw. alle Erwerbstätigen umfasst.
- Die Sicherung der Pensionen erfordert Maßnahmen, die die gegenwärtige und künftige reale Wertschöpfung pro Kopf erhöhen. Es sind dies insbesondere Investitionen in Realkapital, in Bildung, in Forschung und Entwicklung und in die Infrastruktur sowie eine hohe Erwerbsbeteiligung qualifizierter Menschen.

Erik Türk und David Mum (II)

- Als Argument für den Ausbau kapitalgedeckter Alterssicherungsformen wird häufig auf den (vermeintlichen) Renditevorteil gegenüber umlagefinanzierten Pensionen verwiesen.
- Zur Abschätzung der Leistungskraft kapitalgedeckter Pensionssysteme publizierte die OECD 2009 Renditesimulationen für die kommenden 45 Jahre. Diesen Berechnungen liegen empirische Renditen von den 1980er-Jahren bis zum Jahr 2006 zugrunde.
- Die OECD-Abschätzung künftiger Renditen basiert damit auf den Beobachtungen einer – für das Ansparen von Pensionskapital ziemlich kurz bemessenen – Periode mit außerordentlich günstiger Entwicklung der Kapitalmärkte.
- In einer Analyse historischer Daten für die USA wird im vorliegenden Beitrag gezeigt, dass die Veranlagungsergebnisse bei Betrachtung jeweils 40-jähriger Ansparzeiträume im Schnitt viel niedriger lagen als im von der OECD gewählten Zeitfenster – bei den Aktien lagen die Werte um 3,5 Prozentpunkte, bei den Anleihen um 3,9 Prozentpunkte niedriger.
- Der rollierende 40-Jahres-Rückblick zeigt z. B. auch, dass in den 47 Jahren von 1967 bis 2013 die durchschnittliche Wachstumsrate des Aktienindex Standard & Poor's 500 nur in den vier Jahren zwischen 1997 und 2000 und neuerdings wieder im Jahr 2013 höher lag als die durchschnittliche Wachstumsrate des US-BIP.

- Die Analyse der realen Renditeentwicklungen in der Vergangenheit gebietet eine massive Korrektur der gängigen Langfristprojektionen zur Leistungskraft kapitalgedeckter Pensionssysteme.
- Ausgehend von realistischen Ertragsannahmen muss bei Systemen mit veranlagtem Pensionskapital entweder mit wesentlich niedrigeren Leistungen oder mit wesentlich höheren Finanzierungserfordernissen gerechnet werden.

David Mum und Erik Türk (III)

- Die kritische Durchsicht der jährlich publizierten „Pensionsstudien“ von Mercer und Allianz zeigt, dass die verwendeten Indikatoren für eine sachliche Einschätzung von Alterssicherungssystemen völlig ungeeignet sind.
- Beide Indizes sind so angelegt, dass Länder mit einem hohen Anteil privater Altersvorsorge von vornherein viel besser eingestuft werden als Länder mit einer starken öffentlichen Alterssicherung.
- Sowohl der Mercer- als auch der Allianz-Index spiegeln im Wesentlichen lediglich das Ausmaß privater kapitalgedeckter Pensionen im jeweiligen Land wider.
- Ausgeblendet wird, dass nicht nur öffentliche, sondern auch kapitalgedeckte Pensionssysteme Kosten verursachen und Risiken ausgesetzt sind und dass „mehr privat“ keineswegs automatisch gleichzusetzen ist mit „mehr Nachhaltigkeit“.
- Konzeption und Vermarktung der Indizes sind nur mit geschäftspolitischen Motiven der Betreiber zu erklären.

Christian Prantner

- Zentrale Herausforderungen bei privater Vorsorge sind die richtige Einschätzung einer allfälligen „Pensionslücke“ und die richtige Produktwahl.
- Korrekte Information und Beratung sind von zentraler Bedeutung, häufig dominieren dabei aber Verkaufsaspekte.
- So wurde z. B. in der Vergangenheit bei Lebensversicherungen oft nicht klargestellt, dass sich der „Garantiezins“ nicht auf die bezahlte Prämie, sondern nur auf den „Sparanteil“ bezieht.
- Die Bewerbung von vielen Produkten beinhaltet unrealistisch hohe und unverbindliche Ertragsannahmen und blendet die Deklarierung der verrechneten Kosten aus.
- In einigen Bereichen konnten bereits Verbesserungen erreicht werden, vieles bleibt aber noch zu tun.
- Der AK-Konsumentenschutz fordert u. a. verpflichtende standardisierte Informationsblätter für alle angebotenen Produkte und eine verbraucherfreundliche Gestaltung verrechneter Provisionen (wobei nicht primär der Abschluss, sondern der Bestand während der Laufzeit im Vordergrund stehen soll).